



VDB e.V. Bundesgeschäftsstelle, Gisselberger Str. 10, 35037 Marburg

An den Regierenden Bürgermeister von Berlin  
Kai Wegner  
Jüdenstr. 1  
10178 Berlin

VDB e.V.  
Bundesgeschäftsstelle  
- Bereich  
Interessenvertretung -  
Gisselberger Str. 10  
35037 Marburg

Tel. +49 (0)64 21/480 75-00  
Fax +49 (0)64 21 /480 75-99  
interessen@vdb-waffen.de  
www.vdb-waffen.de

Marburg, 30.01.2025

## **Ihre Forderung nach einer Verschärfung des Waffengesetzes**

Sehr geehrter Herr Wegner,

wir sind der Verband Deutscher Büchsenmacher und Waffenfachhändler e.V. (VDB). Der VDB setzt sich für ein praxistaugliches, freiheitliches, verständliches und vollziehbares Waffenrecht ein. Wir stehen für den verantwortungsvollen, friedlichen und sicheren Umgang mit Waffen in den Händen von Privatpersonen. Dabei müssen sowohl die Belange der öffentlichen Sicherheit als auch die der freiheitlichen Zivilgesellschaft gleichberechtigt berücksichtigt werden, ohne dass dabei ein Übermaß an bürokratischen Hürden entsteht.

Neben der Planungssicherheit sind eindeutige und verlässliche gesetzliche Rahmenbedingungen die Eckpfeiler unserer Branche, des legalen Waffenhandels. Als überwiegend mittelständisch oder familiär geführte Wirtschaftsunternehmen benötigen wir von der Politik Unterstützung und Entlastung, um auch weiterhin flächendeckend die Versorgung für unsere Kunden sicherstellen zu können. Wir positionieren uns klar, auch über unsere Mitglieder, gegen jede missbräuchliche Verwendung von Waffen.

Am 02.01.2025 haben Sie sich im Interview mit der Deutschen Presse-Agentur wie folgt geäußert: „Um die Gewaltexzesse in der Silvesternacht einzuschränken, sollte das Waffenrecht endlich verschärft werden.“ Innenministerin Nancy Faeser (SPD) habe dies schon vor langer Zeit angekündigt, „doch bis heute hat sie es nicht umgesetzt.“ Für Schreckschuss-, Reizgas- oder Signalwaffen sollte nach Ihrer Meinung künftig der Kleine Waffenschein inklusive Sachkundenachweis verlangt werden. Ihre Forderung nach einer Verschärfung des Waffenrechts, um Gewaltexzesse zu Silvester einzuschränken, greift zu kurz und führt maßgeblich am eigentlichen Problem vorbei. Es existiert kein nachweisbarer Zusammenhang zwischen den erschreckenden Ereignissen zur Silvesternacht und der aktuellen Gesetzeslage des WaffG. Wie Sie sicherlich wissen, ist der Umgang mit SRS-Waffen schon stark reglementiert. Wer sie führen möchte, benötigt einen Kleinen Waffenschein. Das Schießen in der Öffentlichkeit ist nur mit einer Schießerlaubnis möglich. Gewaltexzesse mit SRS-Waffen fallen demzufolge bereits jetzt unter Verbote nach dem Waffengesetz, die es konsequent zu verfolgen und zu ahnden gilt. Eine Verschärfung würde rechtstreue Bürger treffen, die solche Waffen zum Selbstschutz besitzen, während Kriminelle sich über jede Gesetzeslage hinwegsetzen. Die Ursache der Gewalt liegt tiefer und bedarf einer gezielten Auseinandersetzung. Erhebliche Mängel an Integration, Prävention und Polizeipräsenz sind Faktoren, die adressiert werden müssen. Pauschale Forderungen nach einer Verschärfung des Waffenrechts lenken von diesen Problemen ab, führen nur zu einer Schein-Sicherheit und würden zusätzliche bürokratische Hürden schaffen, die den Vollzug und die Justiz immer

weiter lähmen. Der Sachkundenachweis für SRS-Waffen würde weder die Sicherheit erhöhen noch die Zahl der Straftaten verringern. Diese Maßnahmen würden zu einer unverhältnismäßigen Belastung gesetzestreuer Bürger und zu einem erheblichen Mehraufwand für die zuständigen Behörden führen. Dies steht in keinem Verhältnis zum angestrebten Sicherheitsgewinn. Zusätzlich würde eine weitere Verschärfung des WaffG insbesondere kleine und mittelständische Hersteller und Waffenfachhändler erheblich belasten. Dies gefährdet Arbeitsplätze und die wirtschaftliche Stabilität in einem ohnehin stark regulierten wirtschaftlichen Sektor. Eine Verschärfung des Waffenrechts ist weder sachlich gerechtfertigt noch praktikabel. Sie schafft neue Probleme, ohne die bestehenden zu lösen, und leistet keinen Beitrag zur Erhöhung der öffentlichen Sicherheit.

Sehr geehrter Herr Wegner, gerne stehen wir für einen Austausch bereit und unterstützen Sie mit unserer und der Expertise unserer Mitglieder.

Mit freundlichen Grüßen

Frank Satzinger  
1. Vizepräsident

